

Deutlich höhere Sozialabgaben?, Elektronische Patientenakte, Teilweiser Paketversand-Stopp in die USA

Deutlich höhere Sozialabgaben?

Nach übereinstimmender Erwartung von Experten sollen Krankenkasse, Pflege, Rente, also die Sozialbeiträge in Deutschland bereits 2026 spürbar steigen. Bereits zum Jahreswechsel musste ein Durchschnittsverdiener laut dem Berliner Forschungsinstitut IGES "einen sprunghaften Anstieg der Beitragsbelastung" verkraften. In diesem Jahr (2025) seien dann im Schnitt 255 Euro mehr für die Krankenkasse zu zahlen. Der Zusatzbeitrag zum allgemeinen Satz von 14,6 Prozent war Anfang 2025 auf im Schnitt 2,9 Prozent gestiegen. Innerhalb der kommenden zehn Jahre erwartet IGES einen Anstieg der Belastung durch die gesamten Beiträge der einzelnen Sozialversicherungen von gut 42 auf 49 Prozent – je nach genauer Entwicklung werde der Wert dann zwischen 46 und 53 Prozent (!) liegen. ([Der Tagesspiegel](#))

Elektronische Patientenakte

In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Widersprüche gegen die Einrichtung einer elektronischen Patientenakte (ePA) leicht gestiegen. Dies ergab eine Abfrage des SPIEGEL beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen. Laut dem Dachverband liegt die Widerspruchsquote nun bei durchschnittlich „gut fünf Prozent“. Ab dem 29. April 2025 soll die ePA überall in Deutschland nutzbar sein. Zunächst bleibt die Nutzung für medizinisches Personal noch freiwillig, verpflichtend wird sie dann ab Oktober 2025. Versicherte können der Bereitstellung einer ePA insgesamt widersprechen.

Dies macht man direkt bei seiner Krankenkasse. ([Spiegel Online](#))

Teilweise Paketversand-Stopp in die USA

Ab sofort liefert der Bonner Logistikkonzern DHL als Folge des US-Zollkonflikts keine Pakete mehr an Privatleute in dem nordamerikanischen Staat aus, die einen Wert von mehr als 800 US-Dollar (aktuell 703 Euro) haben. Diese vorübergehende Maßnahme teilte das Unternehmen auf seiner Webseite mit. Begründet wurde dies mit den geänderten Zollbestimmungen der USA, durch die der Grenzwert für ein formelles Einfuhrverfahren von 2500 US-Dollar auf 800 US-Dollar gesenkt worden war. Diese Regelung haben einen hohen Mehraufwand zur Verzollung verursacht. Zur DHL gehört die Deutsche Post, unter deren Dach das inländische Briefgeschäft geführt wird. ([Manager Magazin](#))